

Kurzbericht

Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz

(38. - öffentliche - Sitzung am 2. Februar 2015)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die neuen Erkenntnisse rund um die Explosion der Chemieanlage in Ritterhude**

Der Ausschuss nahm eine mündliche Unterrichtung durch Minister Wenzel und weitere Vertreter des MU und des MS sowie eine ergänzende schriftliche Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Sie sagten die Bereitstellung ergänzender Unterlagen, auch in Reaktion auf weitere schriftliche Nachfragen, zu. Die Fraktion der CDU kündigte die Vorlage eines Akteneinsichtsbegehrens zu diesem Themenkomplex an.

2. **Bürgerenergie in Niedersachsen nicht stoppen: Akteursvielfalt erhalten, gesellschaftliche Akzeptanz sichern, regionale Wertschöpfung befördern**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/2714](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung mit der Erörterung von Verfahrensfragen auf und bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

3. **Duale Systeme abschaffen - Etablierung eines transparenten Erfassungs- und Verwertungssystems, das Wertstoffe wie Verpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen gemeinsam erfasst**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2712](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung mit der Erörterung von Verfahrensfragen auf und bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

4. **Rückbau kerntechnischer Anlagen planen - Entsorgung schnellstmöglich klären**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2155](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort und bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung..

5. **Biokunststoffe unterstützen - Sicherung von nachhaltigen Werkstoffen für die Zukunft**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2152](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss setzte diesen Punkt von der Tagesordnung ab, weil der zuständige Vertreter des ML verhindert war.

6. a) **Klimaschutzziele verbindlich festschreiben - ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/829](#)

- b) **Für eine verantwortungsvolle und rationale Klimaschutzpolitik**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/821](#)

Die Koalitionsfraktionen sowie die Fraktion der CDU kündigten die Vorlage von Änderungsvorschlägen an. Sobald diese vorliegen und bewertet sind, soll die Beratung der Anträge fortgesetzt werden.

7. **Den Müll im Meer nachhaltig reduzieren**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1756](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort und bat den Unterausschuss für Häfen und Schifffahrt um die Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 GO zu den ihn betreffenden Aspekten des Antrags.